

Asylrecht verteidigen – Flucht ist kein Verbrechen!

Die EU will ihr Asylsystem verschärfen: Die bereits jetzt dramatische Situation für Geflüchtete würde sich damit weiter massiv verschlechtern. Haftlager an den Außengrenzen Europas sind der Kern der Reformvorschläge. Während der zentralisierten Verfahren sollen die Schutzsuchenden interniert bleiben. Sie gelten als offiziell nicht in die EU eingereist.

Die Liste sicherer Drittstaaten soll ausgeweitet und Überstellungsfristen deutlich verlängert werden. In Europa ankommende Schutzsuchende können in Drittstaaten abgeschoben werden. Dort müssen nur minimalste Standards gewährleistet sein. Abschiebe-Abkommen, wie das bereits existierende zwischen Großbritannien und Ruanda, würden so zum neuen Standard in den europäischen Mitgliedsstaaten werden.

Anstelle der Aufnahme von Schutzsuchenden sollen EU-Staaten Geld an Drittstaaten außerhalb Europas zur Flüchtlingsabwehr zahlen können. Damit können sich die europäischen Regierungen rechtssicher der Aufnahme von Menschen entziehen.

Die geplanten Grenzverfahren bedeuten Knäste vor den Mauern Europas, in denen menschenunwürdige Bedingungen drohen. Selbst Familien mit Kindern sollen in diesen Lagern unter Haftbedingungen interniert werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, ihre Zustimmung zur Reform zurückzuziehen. Jede*r Grüne oder Sozialdemokrat*in, die solche Entscheidungen mitträgt, erteilt Menschenrechten und Solidarität eine Absage.

DIE LINKE fordert:

- Das Recht auf Asyl verteidigen und ausweiten!
- Wir wollen einheitliche Schutzstandards auf hohem Niveau. Verantwortung darf nicht auf andere Staaten mithilfe von Drittstaaten- oder Herkunftsländerregelungen abgeschoben werden.
- Wir fordern eine flächendeckende unabhängige Asylverfahrensberatung, die öffentlich finanziert sein muss. Pauschale Asyl-Widerrufsprüfungen soll es nicht geben.
- Wir lehnen die Auslagerung von Migrationspolitik in andere Staaten ab. Die Auslagerung des EU-Grenzschatzes, der Such- und Rettungsdienste und der Asylverfahren in Drittländer müssen rückgängig gemacht werden.
- Die EU braucht ein gerechtes System für die Aufnahme und Verteilung von Geflüchteten, das auf Menschenrechten und Humanität beruht und im Einklang mit der Genfer Flüchtlingskonvention steht.
- Willkommen heißen braucht Strukturen: Notwendige Investitionen in eine gute öffentliche Daseinsvorsorge für alle müssen die Härten in den Ländern und Kommunen ausgleichen.

www.die-linke.de/mitmachen



ParteiVorstand der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Tel. 030/24009999, Redaktionsschluss 09.06.2023
www.die-linke.de, kontakt@die-linke.de, V.i.S.d.P. Tobias Bank

Asylrecht verteidigen – Flucht ist kein Verbrechen!

Die EU will ihr Asylsystem verschärfen: Die bereits jetzt dramatische Situation für Geflüchtete würde sich damit weiter massiv verschlechtern. Haftlager an den Außengrenzen Europas sind der Kern der Reformvorschläge. Während der zentralisierten Verfahren sollen die Schutzsuchenden interniert bleiben. Sie gelten als offiziell nicht in die EU eingereist.

Die Liste sicherer Drittstaaten soll ausgeweitet und Überstellungsfristen deutlich verlängert werden. In Europa ankommende Schutzsuchende können in Drittstaaten abgeschoben werden. Dort müssen nur minimalste Standards gewährleistet sein. Abschiebe-Abkommen, wie das bereits existierende zwischen Großbritannien und Ruanda, würden so zum neuen Standard in den europäischen Mitgliedsstaaten werden.

Anstelle der Aufnahme von Schutzsuchenden sollen EU-Staaten Geld an Drittstaaten außerhalb Europas zur Flüchtlingsabwehr zahlen können. Damit können sich die europäischen Regierungen rechtssicher der Aufnahme von Menschen entziehen.

Die geplanten Grenzverfahren bedeuten Knäste vor den Mauern Europas, in denen menschenunwürdige Bedingungen drohen. Selbst Familien mit Kindern sollen in diesen Lagern unter Haftbedingungen interniert werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, ihre Zustimmung zur Reform zurückzuziehen. Jede*r Grüne oder Sozialdemokrat*in, die solche Entscheidungen mitträgt, erteilt Menschenrechten und Solidarität eine Absage.

DIE LINKE fordert:

- Das Recht auf Asyl verteidigen und ausweiten!
- Wir wollen einheitliche Schutzstandards auf hohem Niveau. Verantwortung darf nicht auf andere Staaten mithilfe von Drittstaaten- oder Herkunftsländerregelungen abgeschoben werden.
- Wir fordern eine flächendeckende unabhängige Asylverfahrensberatung, die öffentlich finanziert sein muss. Pauschale Asyl-Widerrufsprüfungen soll es nicht geben.
- Wir lehnen die Auslagerung von Migrationspolitik in andere Staaten ab. Die Auslagerung des EU-Grenzschatzes, der Such- und Rettungsdienste und der Asylverfahren in Drittländer müssen rückgängig gemacht werden.
- Die EU braucht ein gerechtes System für die Aufnahme und Verteilung von Geflüchteten, das auf Menschenrechten und Humanität beruht und im Einklang mit der Genfer Flüchtlingskonvention steht.
- Willkommen heißen braucht Strukturen: Notwendige Investitionen in eine gute öffentliche Daseinsvorsorge für alle müssen die Härten in den Ländern und Kommunen ausgleichen.

www.die-linke.de/mitmachen



ParteiVorstand der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Tel. 030/24009999, Redaktionsschluss 09.06.2023
www.die-linke.de, kontakt@die-linke.de, V.i.S.d.P. Tobias Bank